



**Zwischenbericht der Mehrheitsgruppe von
SPD und Bündnis90/Die Grünen
für die Wahlperiode XVII
(Stand: Mai 2014)**

Inhalt

I.	Kommunalwahl und Mehrheitsbildung im Kreistag	Seite 2
II.	Finanzen und Haushaltskonsolidierung	Seite 3
III.	Finanzvertrag für Stadt und Landkreis Hildesheim	Seite 2 - 3
IV.	Wirtschaft	Seite 3 - 4
V.	ÖPNV	Seite 4
VI.	Straßen- und Bauunterhaltung	Seite 4
VII.	Rettungsdienst und Brandschutz	Seite 5
VIII.	Umwelt	Seite 5
IX.	Kinder, Jugend und Soziales	Seite 5 - 6
X.	Fusion der Landkreise Hildesheim und Peine	Seite 6



I. Kommunalwahl und Mehrheitsbildung im Kreistag

Nach den Wahlen zum Kreistag am 11. September 2011 erfolgte zwischen der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Bildung einer Gruppe. Mit 25 Mandaten der SPD und 8 Sitzen von Bündnis90/Die Grünen stellen wir die Mehrheitsgruppe im Kreistag der XVII. Wahlperiode. Gemeinsam entfallen auf die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen 33 der insgesamt 62 Sitze im Kreistag. Zur Gruppe hinzugerechnet werden kann auch die Stimme unseres Landrates Reiner Wegner, so dass die Gruppe über eine stabile Mehrheit von 34 Sitzen verfügt.

II. Finanzen und Haushaltskonsolidierung

Wie schon in den vorangegangenen Wahlperioden wird die Haushaltskonsolidierung konsequent weitergeführt. Bis zum Ende der XVI. Wahlperiode konnte das Haushaltsdefizit auf rund 80. Millionen Euro abgeschmolzen werden (135 Millionen zu Beginn der XVI. Wahlperiode).

Bis zum Ende des Haushaltsjahres 2013 konnte eine weitere Reduzierung der vorhandenen Kassenkredite auf rund 55 Millionen Euro erreicht werden.

Diese Reduzierung ist durch eine erhebliche Verbesserung der Haushaltsergebnisse von jeweils mehreren Millionen in den zurückliegenden Jahren möglich geworden.

Die Kreisumlage wurde mit 55 Punkten stabil gehalten. Um auch die kreisangehörigen Kommunen an der verbesserten Haushaltssituation des Landkreises teilhaben zu lassen, wurde eine höhere Kostenerstattung des Kreises für den Bereich der Aufgabenwahrnehmung in der Kindertagesbetreuung vereinbart.

III. Finanzvertrag für Stadt und Landkreis Hildesheim

Die Finanzbeziehungen zwischen Stadt und Landkreis Hildesheim sind aufgrund gleichlautender Beschlüsse in Rat und Kreistag neu geregelt worden. Der bisher gültige Einkreisungsvertrag wurde mit Ablauf des 30.06.2011 gekündigt. Durch Beschluss von Stadtrat und Kreistag trat an die Stelle sodann ein Finanzvertrag mit Gültigkeit vom 01.07.2011 bis 31.12.2013.

Für die Zeit ab 2014 wurde in der letzten Kreistagssitzung 2013 die erste Fortschreibung dieses Vertrages mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2015 beschlossen.

Durch die Fortschreibung des Finanzvertrages sollen grundsätzlich die getroffenen Vereinbarungen weiter gelten. Nachfolgende wesentliche Veränderungen und Hinweise sind jedoch anzuführen:



1. Der Landkreis übernimmt die städtischen Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe, daher entfallen die bisherigen vertraglichen Regelungen diesbezüglich.
2. Es erfolgte eine Erhöhung der Erstattungsquote für die Personal- und Sachkosten der Stadt, die sie aus der Heranziehung zu den Aufgaben nach dem SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) aufzuwenden hat. Die Anhebung erfolgte von zunächst 50 % auf 70 %.
3. Die Kostenerstattung für den Bereich der weiterführenden Schulen der Stadt Hildesheim wird bei den laufenden Kosten und Investitionen nicht baulicher Art von zunächst 65 % auf 70 % erhöht.
Für die Höhe der kreisseitigen Beteiligung an baulichen Investitionen wurde vereinbart, dass auch für die Jahre 2014 und 2015 im Einzelfall entschieden werden wird. Bei der Sachkostenerstattung der laufenden Bauunterhaltungsmaßnahmen wurde künftig ein gleicher Maßstab mit jährlich 0,8 % des Wiederbeschaffungswertes der Gebäude als angemessene Bauunterhaltung vereinbart.

Ebenso wurden folgende Beschlüsse gefasst:

SGB XII (Grundsicherung im Alter)

Der Landkreis zieht die Stadt weiterhin zur Erledigung sämtlicher Aufgaben nach dem SGB XII nach gesonderter öffentlich-rechtlicher Vereinbarung heran.

Asylbewerberleistungsgesetz

In gesetzlicher Zuständigkeit zieht der Landkreis die Stadt ebenfalls weiterhin zur Aufgabenerledigung in diesen Bereich mit öffentlich-rechtlicher Vereinbarung heran.

Sowohl für die Leistungen nach SGB XII, als auch Asylbewerberleistungsgesetz erfolgt die Kostenerstattung durch den Landkreis an die Stadt.

Offene Punkte und weiteres Vorgehen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Verhandlungen und die Beschlussfassung über die Kostenerstattung und Zuschussbeträge für Schüler auf kirchlichen und sonstigen Schulen noch nicht abgeschlossen. Wenn Klarheit über die Angemessenheit beiderseitig besteht, erfolgt eine entsprechende Beschlussfassung in den jeweils zuständigen Gremien.

IV. Wirtschaft

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft HI-REG GmbH konnte im Jahr 2012 ihr 10-jähriges Jubiläum feiern. Bereits im Jahr 2010 haben alle Partner die Verträge zur Fortführung der Gesellschaft verlängert.

Unter dem Titel „Kommunale Bildungslandschaften“ arbeitet die HI-REG GmbH aktiv an der Standortsicherung für Wirtschaftsunternehmen mit. Dabei geht es u.a. darum die bestehenden Bildungsangebote und –einrichtungen zu vernetzen, um den hiesigen Wirtschaftsraum durch qualifizierte Fachkräfte zu stärken. Die HI-REG GmbH ist dabei neben dem Jobcenter und der Volkshochschule Hildesheim ein wesentlicher Netzwerkpartner.



V. ÖPNV

Bereits Ende 2011 waren die Vorarbeiten zur Bildung eines Tarifverbundes von ÖPNV und SPNV für das Kreisgebiet Hildesheim abgeschlossen. Mit diesem Verbund ist die Grundlage für eine möglichst optimale Nutzung des hiesigen Schienennetzes für Zwecke des Personennahverkehrs geschaffen worden. Die konkrete Umsetzung scheiterte bisher an Rechtsstreitigkeiten im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens für die neuen Fahrkartenautomaten.

Zudem haben wir Anfang 2012 die Position des Landkreises bei der Zukunftsgestaltung des hiesigen ÖPNV durch Beschlussfassung im Kreistag nachhaltig gestärkt. Seither ist der Landkreis Hildesheim der Mehrheitsgesellschafter bei dem Regionalverkehr Hildesheim. Auf dieser Basis wurden auch neue sinnvolle Konzepte zur verkehrstechnischen Anbindung der ländlichen Bereiche an das Oberzentrum Hildesheim umgesetzt. Besonders vorzuheben ist an dieser Stelle das Leuchtturmprojekt „Nachtsbus“. Durch die Einrichtung unterschiedlicher Nachtbuslinien konnte ein wesentlicher Schritt zur Vervollständigung der hiesigen ÖPNV-Struktur vollzogen werden.

VI. Straßen- und Bauunterhaltung

In den Erhalt der Vermögenswerte des Landkreises wird regelmäßig investiert. So ist in den vergangenen Jahren der jährliche Haushaltsansatz jeweils auf 4 bis 5 Millionen Euro zu beziffern. Selbstverständlich wird bei der Sanierung stets der aktuelle energetische Standard zu Grunde gelegt. So werden die umfangreichen Maßnahmen zur Wert- und Energieeffizienzsteigerung aus den vorangegangenen Wahlperioden weiter konsequent fortgesetzt.

Zusätzlich haben wir für das Haushaltsjahr 2014 weitere Finanzmittel in Höhe von 300.000 Euro für Sondermaßnahmen zu energetischen Sanierungen an Kreisliegenschaften eingestellt.

Darüber hinaus sind für das Projekt „Energieeffizienz“ im Ergebnishaushalt für 2013 und 2014 zusammen rund 2,4 Millionen Euro eingestellt. Im Rahmen dieses Projektes erfolgt schrittweise in den Kreisliegenschaften die Installation der energiesparenden LED-Beleuchtungstechnik.

Nach Fortschreibung des Straßenbauprogramms werden weiterhin jährlich 3,6 Millionen Euro für Straßenbaumaßnahmen bereit gestellt. Ziel ist es nach Abarbeitung des Programms mittelfristig einen mindestens befriedigenden Straßenzustand für alle Kreisstraßen zu erreichen.

Zum Ausbau und zum Erhalt der bestehenden Radwege wurde ein Radwegebauprogramm beschlossen. Zur Umsetzung dieses Programms steht jährlich ein Betrag in Höhe von 300.000 Euro zu Verfügung. Für den vorliegende Maßnahmenkatalog soll in den kommenden Jahren realisiert werden. Hierfür wurden zusätzliches Personal bereitgestellt.



VII. Rettungsdienst und Brandschutz

Bereits seit Ende des Jahres 2011 arbeiten wir intensiv an der Verbesserung der rettungsdienstlichen Infrastruktur. Nach Erarbeitung eines neuen Bedarfsplans zur Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung haben wir den Neubau und Erweiterungsbauten für Rettungswachen beschlossen.

So wurde beispielsweise der Neubau einer Rettungswache in Sehlem und die Erweiterung der Rettungswache in Schellerten 2011 und 2012 beschlossen und umgesetzt.

Im Bereich des Brandschutzes ist eine Überarbeitung der Förderrichtlinien für Mittel aus der Feuerschutzsteuer erfolgt. Ebenso sind diverse Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen der Kreisfeuerwehr beschlossen und vorgenommen worden.

VIII. Umwelt

In einem interfraktionellen Kontext ist es gelungen die Erstellung eines Klimaschutzprogramms zu erreichen.

Zwischenzeitlich wurde beim Landkreis Hildesheim ein Klimaschutzmanager eingestellt. Zurzeit wird von dort intensiv an einer Vernetzung mit allen Akteuren des Klimaschutzes sowie einer Abstimmung und Zuordnung von Aufgabenschwerpunkten und Handlungsfeldern gearbeitet die im Rahmen der zu geplanten Klimaschutzagentur realisiert werden sollen.

IX. Kinder, Jugend und Soziales

Einen besonderen Schwerpunkt in unserer politischen Aktivität haben wir auf den Bereich Integration legen können.

So haben wir zur Schaffung einer echten Willkommenskultur in unserer Region viele erfolgreiche Akzente setzen können. Unser größter Erfolg ist die Einrichtung einer neuen Stabstelle unter dem Arbeitstitel „Bildung, Integration und Demokratie“. Mit dieser neuen Stelle wollen wir ein Netzwerk für gelungene Integration entwickeln. Dabei gilt es insbesondere bereits vorhandene Akteure zu unterstützen und zu vernetzen. Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Integration kann nur gemeinsam gelingen.

Aufgrund der steigenden Zahl von Flüchtlingen im Landkreis wurden zusätzliche Mittel für dezentrale Flüchtlingsarbeit bereitgestellt. Diese Mittel sollen bei Bedarf weiter aufgestockt werden.

Die in der vergangenen Wahlperiode von der Verwaltung und anderen Fraktionen des Kreistages betriebene Privatisierung des sozialpsychiatrischen Dienstes konnte mit der neuen Mehrheit im Kreistag gestoppt werden. Die Verwaltung wurde beauftragt, vakante Stellen neu zu besetzen. Dies ist zwischenzeitlich verwaltungsseitig umgesetzt.

Zu Beginn der Wahlperiode wurden die Sportförderrichtlinien neu gefasst. Insbesondere werden Vereine bessere Förderungen erhalten, die sich verstärkt um Jugendförderung und die Betreuung sozial benachteiligter Menschen bemühen.



Mit Blick auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wurden gemeinsam mit der Stadtratsfraktion Hildesheim mehrere Fachforen zum Themenbereich „Inklusion – eine Perspektive für alle“ durchgeführt. Mit dieser Veranstaltungsreihe haben wir wichtige Impulse für eine dringend erforderliche Vernetzung gesetzt und eine Grundlage für die weitere Arbeit in diesem Themenfeld geschaffen. In der Kreisverwaltung ist eine Mitarbeiterin mit der Planung und Umsetzung der notwendigen Schritte beauftragt wurden.

Im vergangenen Jahr konnten wir die Fortführung und Weiterentwicklung von Programmen wie PiaF, Rucksack und Griffbereit für den Bereich des Landkreises Hildesheim durchsetzen.

Für freiwillige Leistungen im Bereich Soziales wurden zusätzliche Mittel bereitgestellt, um sie an den realen Bedarf anzupassen. Über die konkrete Vergabe wird in den nächsten Wochen entschieden.

Im Sommer 2012 wurde die diskriminierende Praxis der Wertgutschein für Flüchtlinge abgeschafft und auf die Auszahlung von Bargeld umgestellt.

Mit den kreisangehörigen Gemeinden konnte eine neue Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung mit Wirkung zum 01.01.2014 abgeschlossen werden. Mit dieser Vereinbarung erhöht der Landkreis Hildesheim deutlich seinen Anteil der Kostenerstattung gegenüber den Kommunen.

Zudem konnten wir nach jahrelangem intensiven Einsatz die flächige Mittagssessensversorgung durch Einrichtung und Neubau entsprechender Schulmensen an den weiterführenden Schulen sicherstellen.

Für den Neubau einer Mensa an der Oskar-Schindler-Gesamtschule im Stadtgebiet Hildesheim haben wir einen Investitionszuschuss in Höhe von rund 485.000 Euro beschlossen.

Zugunsten der verlässlichen Mittagsverpflegung an Gesamtschulen haben wir außerdem den Haushaltsansatz auf jährlich 240.000 Euro erhöhen können.

Ebenso wurde der vorgelegte Schulentwicklungsplan für den Landkreis Hildesheim erstmalig beschlossen und bietet so eine solide Basis für zukunftsgerichtete Bildungslandschaft. Die Schulentwicklungsplanung wird verwaltungsseitig jährlich fortgeschrieben und soll als aktives Steuerungsinstrument angewandt werden.

Hinsichtlich der Krüger-Adorno-Schule wurden vor der Beschlussfassung erforderliche Anpassungen in der Planung vorgenommen, so dass nunmehr eine Gleichbehandlung in Sachen Fortbestand des Standortes mit den übrigen Oberschulen im Landkreis gewährleistet ist.

Die kurz vor Ablauf der vorherigen Wahlperiode eingerichteten Gesamtschulen an den Standorten Gronau und Bad Salzdetfurth erfreuen sich einer großen Nachfrage und haben sich etabliert.

Zwischenzeitlich sind zudem die erforderlichen Beschlüsse zur Einrichtung der Oberstufen an den Standorten Gronau und Bad Salzdetfurth gefasst und seitens des Landes Niedersachsen entsprechend genehmigt worden.

Für die angestrebte Rekommunalisierung des Reinigungsdienstes wurde ein Prüfauftrag beschlossen



X. Fusion der Landkreise Hildesheim und Peine

In der letzten Kreistagssitzung 2013 haben wir die Aufnahme von Fusionsgesprächen mit Nachbarkommunen beschlossen. Mit dem Landkreis Peine konnte ein ebenfalls ernsthaft interessierter Fusionspartner gefunden werden. Übereinstimmende Beschlüsse in Hildesheim und Peine zur Durchführung einer zwischenzeitlich angelaufenen Sondierungs- und Datenerhebungsphase bestätigen unsere Fusionsbemühungen.

Seitens der Kreistagsfraktion wird ein offener Fusionsprozess angestrebt, daher besuchen wir Euch gerne vor Ort in den SPD-Fraktionen und Ortsvereinen. In diesem Kreise werden wir Euch über den laufenden Prozess ausführlich informieren und mit Euch diskutieren.

Am Ende dieses Informationsprozesses steht die Entscheidung. Wir werden nur bei einer gestiegenen Zukunftsfähigkeit des neuen fusionierten Gebildes zustimmen.

In diesem Prozess sollt Ihr unsere Begleiter sein.

Hildesheim, im März 2014

Klaus Bruer